

Challenger Report für den Rat für Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit und Lokale Agenda: Statt einer Epoche bürgerschaftlichen Engagements nur eine Episode einzelner Gruppen?

Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg

Berlin, 1. Oktober 2003

„Politik“, schreibt der Leitartikler einer großen deutschen Tageszeitung, „ist ein merkwürdiges Geschäft. Sie ist die Kunst des Machbaren und des Kompromisses; sie huldigt dem Sachzwang und dem Nächstliegenden; ihr Maßstab ist, was sich im Parlament durchsetzen und später auch dem Wähler vermitteln lässt. Und trotzdem lebt sie vom Versprechen; sie verehrt die Visionäre, lechzt nach Zielen, die über Gesundheitskompromiss und Rentenreform hinausgehen, über Geldwertstabilität und Haushaltssicherung..., denn ein Volk ohne Visionen geht zugrunde. Steht übrigens nicht bei Marx oder Bebel, sondern ist ein Spruch des weisen Salomo.“

(Matthias Drobinski, Süddeutsche Zeitung, 20.8.2003)

Die „Agenda 21“ und damit die Forderung nach einer „nachhaltigen“ oder „dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“ (sustainable development) ist eine solche politische Vision. Sie wurde bereits 1992, also vor über 10 Jahren, von 172 Staaten dieser Erde im brasilianischen Rio de Janeiro verabschiedet und bildet den Rahmen für die sog. „Lokale Agenda 21 (LA)“.

1. „Global denken – lokal handeln“!

Prägnanter lässt sich die Kernidee der LA nicht beschreiben. Die Agenda von Rio enthält in Artikel 28 den folgenden Auftrag an die Kommunen: Jede Kommunalverwaltung hat eine aktive Rolle zu übernehmen und soll in einen Dialog mit ihren Bürgern/innen, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine lokale Agenda 21 beschließen. Diese Lokale Agenda soll jede und jeden Einzelnen zu einer zukunftsverträglichen Lebensweise verpflichten, so dass nicht nur die Bedürfnisse der Gegenwart, sondern auch die zukünftiger Generationen befriedigt werden können. Und es geht um eine Entwicklung in den Städten und Gemeinden, die sozial verantwortlich, umweltbewusst und zugleich wirtschaftlich erfolgreich sein soll.

Die LA 21 fand zunächst– wie fast nicht anders zu erwarten – in den verschiedenen Ländern ein sehr unterschiedliches Interesse. Einige Regierungen (wie z.B. in Schweden) führten die LA per Gesetz ein und sorgten damit für eine Beteiligung ihrer Kommunen von fast 100 Prozent. In anderen Ländern spielten Organisationen wie ICLEI die notwendige Pionierrolle. In Deutschland (und das sollte man nicht vergessen!) kam die Umsetzung der LA nur sehr zögerlich in Gang. Eigentlich wurde damit erst nach 1996 begonnen – zu einem Zeitpunkt, da die Aufstellung der Lokalen Agenda nach den Vorgaben von Rio bereits zum Abschluss hätten kommen sollen. Es war ein zäher Einstieg, der seine Ursache sicherlich auch in der mangelnden Unterstützung durch die damalige Bundespolitik hatte. Es waren vor allem die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die sich an der LA-Umsetzung versuchten. Manche behaupten, sie wollten damit „aus der grünen Ecke“ heraus kommen.

2. Die LA wird in der Politik unterbewertet!

Inzwischen haben (siehe die Statistik der Agenda-Transferstelle) etwa 2.400 Kommunen in Deutschland zumindest LA –Beschlüsse aufzuweisen, was ungefähr 17% entspricht. Wie nicht anders zu erwarten kommt es dabei zu erheblichen Schwankungen zwischen den einzelnen Bundesländern. Das hat unterschiedliche Gründe: Zum einen aufgrund der sehr stark differierenden Zahl der Gemeinden (NRW hat 427 Kommunen, BaWü dagegen 1146) zum anderen aufgrund der schwierigen Ausgangslage in den neuen Bundesländern. Es ist eigentlich unverständlich, dass man gerade in den Städten und Gemeinden der neuen Bundesländer wohl nicht wahrgenommen hat, dass die LA als Motor für eine nachhaltige Entwicklung eine einmalige Chance gewesen wäre. Auch aus einem anderen Grund ist die Aussagekraft der Statistik begrenzt: Ein Beschluss zur LA allein sagt noch nichts darüber aus, ob eine Gemeinde nun wirklich einen Agenda-Prozess voran treibt und wie weit dieser Prozess fortgeschritten und erfolgreich ist. Außerdem verschwinden immer wieder LA-Prozesse, andere behaupten sich mühsam. Und es gibt viele neue Initiativen, die LA-Projekte durchführen, sich aber nicht so nennen.

ICLEI hat zuletzt 2002 Zahlen über die internationale Umsetzung der LA veröffentlicht: Danach hatten Ende 2001 weltweit 6.416 Kommunalverwaltungen Aktivitäten zur LA unternommen. Spitzenreiter bei der Umsetzung waren Finnland und Schweden mit 100% und Norwegen mit 99%. In diesem Zusammenhang erscheinen die deutschen Anstrengungen mit 17% sehr bescheiden. Eines ist dabei bedenkenswert: In den Ländern, in denen nationale LA-Kampagnen durchgeführt wurden oder laufen, ist die Beteiligung der Kommunen höher als in Ländern ohne eine solche Kampagne!

3. Die LA ist in Deutschland noch nicht da, wo sie sein sollte

In dem Abschlussbericht zum bundesweiten Forschungsprojekt „Bedingungen institutioneller Stabilisierung lokaler Agenda 21-Prozesse – Modellhafte Stabilisierungspfade“, der 2001 von der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung, der Universität Bremen, der ZWE Arbeit und Region sowie B.A.U.M. Consult fertiggestellt und von der Bundesstiftung Umwelt finanziert wurde, wird folgendes Resümee gezogen:

„Die Durchführung der Lokalen Agenda hat in vielen Städten und Gemeinden eine erstaunliche Mobilisierung von Phantasie und sozialem Engagement bewirkt, sie hat zur Erprobung neuer Dialogformen und Beteiligungsmodelle geführt, sie hat Akteure an einen Tisch gebracht, die vorher nicht miteinander kooperiert haben und eine zahllose Fülle an Modellprojekten angestoßen...Trotzdem ist nach dem Ablauf der zwei- oder dreijährigen Phase des Konsultationsprozesses in vielen Städten und Gemeinden eine gewisse Ermüdung unverkennbar. Während, nach zögerlichem Beginn, auf der Verwaltungsebene die Institutionalisierung von Nachhaltigkeitskriterien an Fahrt gewinnt, scheint sich in Bezug auf die weitere Perspektive der Lokalen Agenda insgesamt eher eine gewisse Ratlosigkeit breit zu machen.“ So sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass der Schwung, der die Agenda-Initiativen – mit offiziellem Rückenwind – in den vergangenen Jahren getragen habe, wieder verpuffe.

Auch andere Untersuchungen bestätigen diese Ergebnisse. Viele Aktive erwarten heute eine ehrliche Bilanz. Und diese sieht überall ähnlich aus: Neben den üblichen Erschöpfungsphänomenen demotivieren die sog. „Mühen der Ebene“, die beschwerliche Umsetzung der schönen Leitbilder und Aktionsprogramme im Gefüge

widerstreitender kommunaler Interessen, Machtansprüche und Ressortegoismen. Stefan Heiland (B.A.U.M, München), der viele Kommunen bei der Erarbeitung von Agenda-Aktionsprogrammen unterstützt hat, benennt die Gründe in einem Interview so: *„Leider wurde die LA in vielen Kommunen vor allem von ehrenamtlichen Arbeitskreisen identifiziert so als hätte der Agenda-Prozess eigentlich nichts oder nur wenig mit der Verwaltung und Politik zu tun. Deswegen stand die Agenda-Bewegung oft im Gegensatz zur Gemeinde. Auch weil nicht geklärt wurde, wie die Arbeit der Agenda-Gruppen mit der Arbeit der Verwaltung verzahnt werden könnte. Gleiches gilt für die Arbeit der Agenda-Gruppen und der verschiedenen Ratsgremien. Einerseits führten manche Vorschläge zu dem Eindruck, dass die Arbeitskreise keine Ahnung von den rechtlichen oder finanziellen Rahmenbedingungen hätten. Andererseits fühlten sich die Arbeitskreise allein gelassen. Das verstärkte dann den Eindruck, dass es sich bei der Agenda um eine Alibiveranstaltung handelt, da viele Vorschläge, die etwas Geld kosten oder politisch relevant sind, abgeschmettert wurden... Leider war es auch eine Zeit lang eine Art Mode, Agenda zu machen.“*

Angela Oels, wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ geht in ihrem Beitrag „Warten aufs Christkind“ in der Zeitschrift „politische ökologie 76“ auf ein weiteres Problem ein: *„Bei genauerem Betrachten zeigt sich jedoch, dass die an LA 21-Prozessen Beteiligten nur allzu oft die üblichen Verdächtigen sind. Es handelt sich um die handverlesene Gruppe ohnehin in Interessengruppen organisierter, kommunalpolitisch engagierter Bürger/innen, die sich nun noch besser vernetzt. Die Mehrzahl der Bevölkerung ist jedoch in den LA 21-Prozess weder eingebunden, noch hat sie überhaupt von ihm Kenntnis genommen. Die Ursache für die geringe Resonanz wird nicht zuletzt auf den sperrigen Begriff selbst zurückgeführt.“*

Befragt man lokale Agenda-Beauftragte zu den politischen Chancen bei der Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie, wie in dem Heft „Lokale Agenda 21 – Vom Projekt zum Programm“ geschehen, das von der Agentur Agenda-transfer (Bonn 2001) herausgegeben wurde, so sind folgende Zitate bezeichnend: *„Leider musste ich den Eindruck gewinnen, dass keine der Parteien zur Entwicklung der Agenda 21 qualifiziert beigetragen hat. Ein ressortübergreifendes strategisches Konzept für die Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit zu entwickeln, damit tun sie sich ausgesprochen schwer.“ (Ernst Welters, Berlin)*

„Die Politik ist noch nicht vom Systemwechsel zur nachhaltigen Entwicklung erfasst, obwohl in den Wahlprogrammen vieles über nachhaltige Entwicklung steht. Was fehlt, ist eine politische Strategie für nachhaltige Entwicklung für einen längeren Zeitraum.“ (Herbert Brückner, Bremen)

Der wunde Punkt liegt offensichtlich im Bereich der Umsetzung der mühsam erarbeiteten Visionen und Projektideen. Vieles scheitert an der mangelnden Finanzierung oder/und an fehlender politischer Unterstützung. Die LA hat es nicht geschafft, ihr Anliegen mit den großen Themen der Kommunalfinzen zu verbinden. Für die mangelnde Unterstützung durch den Gemeinderat gibt es vor allem einen Grund: Die Räte fürchten die Konkurrenz. Denn bis zum Auftauchen der Agenda-Idee war es das alleinige Terrain der Gemeinderäte, sich über die Zukunft ihrer Gemeinde die Köpfe heiß zu reden und damit Wahlkämpfe zu führen.

4. Was bedeutet eigentlich „sustainable development“?

Die vage Definition, die der Begriff „*sustainable development*“ durch den Bericht „*Our common future*“ erhielt, liefert bis heute – wie Eick von Ruschkowski in seinem Beitrag für die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (B 31-32/2002) berichtet – „großen Interpretationsspielraum dafür, was nachhaltige Entwicklung eigentlich ist“. So wurden bereits 1997 über 70 unterschiedliche Definitionen in der wissenschaftlichen Literatur gezählt! Das „Konstrukt Nachhaltigkeit“ stelle sich somit als schwierig zu beschreiben und zu vermitteln dar. Das am weitesten verbreitete Verständnis werde als „Nachhaltigkeitsdreieck“ bezeichnet: *„Es erkennt die Interdependenz sozialer, ökonomischer und ökologischer Fragen an und hat zum Ziel, diese Aspekte gemeinsam in die politische Entscheidungsfindung zu integrieren. Hierbei sind sowohl intragenerationelle (Verteilungsgerechtigkeit, Nord-Süd-Konflikt) als auch intergenerationelle (zukünftige Generationen) Aspekte zu berücksichtigen. Es handelt sich somit um einen langfristigen und übergreifenden Politikansatz.“*

Für die meisten LA-Prozesse hatte dieser offene Politikansatz eine unerwartete Konsequenz: Alles politisch Wünschenswerte kann unter „Nachhaltige Entwicklung“ fallen. Daher finden sich in den umfangreichen Zielkatalogen auch widersprüchliche Forderungen. Man kann und will sich nicht auf eine Prioritätensetzung verständigen.

5. Die LA kann nur mit landes-, bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen erfolgreich sein!

Immer wieder stoßen LA-Prozesse deswegen an ihre Grenzen, weil sie nur mit konsequenter Unterstützung durch Land, Bund und EU erfolgreich sein können. Zugespitzt kann man sagen: Solange der Bundeskanzler nur im Vorwort zum „Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung“ von einem Weg schreibt, „den wir gemeinsam einschlagen wollen“, in seiner „Agenda 2010, dem Weg zur strukturellen Modernisierung Deutschlands“ die „Nachhaltigkeit“ aber weder begrifflich noch inhaltlich auftaucht, werden alle lokalen Agenda-Aktivitäten in Deutschland im „luftleeren Raum“ angebunden sein. Eine Verwechslung des Agenda 2010-Programmes mit der lokalen Agenda 21-Arbeit ist zudem leider an der Tagesordnung. Die Bundesregierung hat es versäumt, durch ihre Nachhaltigkeitsstrategie eine Aufforderung zum Handeln auf kommunaler Ebene auszulösen. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist den Kommunen immer noch weitgehend unbekannt!

Auch der Deutsche Städtetag hat sich mit seinem neuen „Leitbild der Stadt der Zukunft“ nicht besonders vorbildlich gezeigt. Nachhaltige Entwicklung ist dort keineswegs – wie man eigentlich inzwischen erwarten dürfte – als wichtigstes der „Ziele der Stadtpolitik“ zu finden. Man muss schon ein wenig blättern, bis man unter „2.2. Grundversorgung sichern/Dienstleistungen verbessern“ den 11. (!) Unterpunkt „Nachhaltige Stadtentwicklung und Urbanität als Voraussetzungen für Lebensqualität in lebendigen Städten stärken“ findet und hier den wenig erhellenden Satz: „Nachhaltige Stadtentwicklung erfordert somit ganzheitliche Betrachtungsweisen statt einer immer weiteren Perfektionierung von Fachbelangen.“

6. Erhält die LA durch die Johannesburg-Konferenz einen weiteren Schub ?

Unter dem Motto "Lokales Handeln bringt die Welt voran" ("Local Action moves the world") trafen sich im August 2002 parallel zu dem UN-Gipfel der Regierungen über 600 Bürgermeister/innen und Mitglieder kommunaler Vertretungen aus allen Teilen der Erde ebenfalls in Johannesburg. Diese beachtliche Zahl lokaler Akteure (1992 in Rio waren es noch 30!) war auf Einladung vom "International Council of Local Environmental Initiatives" (ICLEI) zusammengekommen. Ich selbst nahm einerseits als Mitglied der offiziellen Delegation der Bundesrepublik Deutschland und andererseits als Mitglied des Exekutivkomitees von ICLEI an dieser hoch interessanten Konferenz teil. Die Vertreter/innen von Städten aus allen Kontinenten stellten den Regierungs- und UN-Vertreter/innen ihre lokalen Aktivitäten für eine nachhaltige Entwicklung vor. Dabei wurde die Kraft, Kreativität und die Erfolge der unzähligen Menschen und Organisationen in den Städten sehr deutlich. Der Austausch erfolgreicher Erfahrungen und von beispielhaften Projekten gab der nachhaltigen Entwicklung eine neue Dynamik. Zu sehen, dass zum Beispiel in Japan, in Ägypten, Kenia, USA oder Australien auf kommunaler Ebene Nachahmenswertes geschieht, gibt auch dem eigenen Tun die globale Bedeutung, die es verdient.

Die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien muß dringend mit den LA-Prozessen koordiniert werden. Wesentliche Scharnierstellen sind dafür die Landes-Agendabüros und das bundesweite Agenda Transfer-Büro . Für dieses Büro soll jetzt die 3jährige Projektfinanzierung auslaufen. Eine solche Entscheidung wäre ein katastrophales politisches Signal!

7. Heidelbergs Weg zur Lokalen Agenda

Im Februar 1997 verabschiedete der Gemeinderat den „Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010“ (STEP). Er steckt den umfassenden und integrativen Handlungsrahmen für die Politik des Gemeinderates und der Stadtverwaltung ab und ist Heidelbergs Lokale Agenda. Sein Kern ist das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die den Auftrag der „Agenda 21“ der Rio-Konferenz erfüllt. Der STEP ist das Ergebnis einer intensiv geführten öffentlichen Debatte über die Zukunft Heidelbergs, die unter dem Motto „Verantwortung für die Zukunft“ stand.

Ebenfalls im Jahr 1997 legte das ifeu-Institut im Auftrag der Stadt Heidelberg den Bericht „Nachhaltiges Heidelberg“ vor. Er enthält eine Darstellung und Bewertung der bis dahin durchgeführten und gestarteten Aktivitäten der Stadt Heidelberg im Bereich der Lokalen Agenda:

- Unterzeichnung der Charta von Aalborg (Gemeinderatsbeschluss vom November 1994)
- Bürgernähe und Bürgerbeteiligung als Leitmotiv kommunalen Handelns (Einrichtung von Bürgerämtern, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Stadtteilrahmenpläne und Zukunftswerkstätten für Frauen in allen Stadtteilen, etc.)
- Kommunaler Klimaschutz: Unterzeichnung der „Heidelberg-Deklaration“, in der sich mehr als 20 Städte dazu verpflichten, die CO₂-Emission bis zum Jahr 2005 um 20% gegenüber dem Wert von 1987 zu reduzieren.
- Verkehrsentwicklungsplan: Bürgerbeteiligung im Rahmen des Verkehrsforums, Förderung eines umwelt- und stadtverträglichen Verkehrs
- Tourismusleitbild: Ziel ist ein sozial- und umweltverträglicher Tourismus, der gleichzeitig der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Stadt Rechnung trägt.

- Zahlreiche Projekte, u.a. in den Bereichen Wirtschaft, kommunaler Klimaschutz, Energie, Umwelt, Naturschutz, Gesunde Ernährung.

Für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Lokalen Agenda in Heidelberg empfiehlt der Bericht eine bessere Vernetzung laufender Vorhaben und Projekte, eine umfassende Information der Bürger/innen und über Ziele und Inhalte der Lokalen Agenda sowie einen stärkeren Ausbau des Bereichs der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

8. Die LA muss Chefsache sein!

Vor diesem Hintergrund haben wir im Jahr 1999 das Agenda-Büro eingerichtet. Es ist seither an der Verwirklichung der im Stadtentwicklungsplan formulierten Ziele maßgeblich beteiligt. Seine Aufgaben reichen von der Vernetzung unterschiedlicher Aktivitäten und Akteure über die Öffentlichkeitsarbeit für die Lokale Agenda und die Mitwirkung bei wichtigen Kommunalen Planungen bis hin zur Initiierung, Steuerung und auch der praktischen Durchführung konkreter Projekte. Das Büro ist sehr bewusst direkt in meinem Referat angesiedelt. Unsere Erfahrung in Heidelberg zeigt: Lokale Agenda muss Chefsache sein! Nur wenn sich die Verwaltungsspitze offensiv zu dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung bekennt, kann dem Querschnittscharakter dieser großen Aufgabe Rechnung getragen werden und nur dann erhalten die Akteure in den einzelnen Arbeitsfeldern die dringend notwendige „moralische“ und politische Unterstützung.

Auch in anderen Städten hat sich gezeigt: Die Arbeit der Büros funktioniert nur dann zufriedenstellend, wenn der LA-Prozess zur Chefsache erklärt wird und auch eine entsprechende Eingliederung innerhalb der Verwaltung erfährt. Wenn das nicht geschieht, besteht die Gefahr, dass die LA zum „Nischenthema“ wird. Ein breiter und dauerhafter Veränderungsprozess in Richtung nachhaltiger Kommunalentwicklung ist dann nicht mehr zu erwarten. Richtig platziert sind diese Anlaufstellen ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Engagement der Einrichtungen und Bürger/innen und der Verwaltung / Politik. Durch die aktive und konstruktive Mitarbeit der Verwaltung in den Arbeits- und Projektgruppen wird das Engagement der Bürger/innen unterstützt und es entsteht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dies ist auch ein wichtiger Schritt zu einer größeren Bürger- und Kundenorientierung in der Verwaltung.

Darüber hinaus müssen Verwaltung und Politik natürlich auch eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Dazu gehört, dass im eigenen Verantwortungsbereich entsprechende Initiativen zur Ressourcenschonung und -einsparung ergriffen werden. So haben wir in Heidelberg bei unseren eigenen Liegenschaften in den Bereichen Energiemanagement, Abfallmanagement und Beschaffungswesen in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielen können. Ich freue mich, dass dieses Thema auch bei den Bundesbauten im Spreebogen in Berlin berücksichtigt wurde. Die beiden Blockheizkraftwerke für die Bundesbauten verbrennen ausschließlich Pflanzenöl und es wurde eine 300 Quadratmeter große Solaranlage mit einem großen Solespeicher errichtet.

Nur wenn wir selbst in unseren eigenen Zuständigkeitsbereichen glaubhaft einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, werden auch die Bürgerinnen und Bürger sowie nicht-staatliche Institutionen zu entsprechenden Aktivitäten bereit sein.

9. Neues Bewusstsein schaffen – eine Bildungsaufgabe

Für eine nachhaltige Entwicklung ist ein umfassender Bewusstseinswandel erforderlich. Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe eines Agenda-Prozesses, bei den Bürgern und Bürgerinnen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu schaffen. In den verschiedenen kommunalen Bildungseinrichtungen sollten hierzu ständige Angebote gemacht werden. Eine nachhaltige Bildung als dauerhafte Pflichtaufgabe muss in den Kindergärten beginnen und sich über die Schulen bis zu den Universitäten und Volkshochschulen fortsetzen. Gerade Kinder und Schüler sind bei entsprechenden Vorhaben und Projekten mit viel Begeisterung dabei. So veranstalteten wir in Heidelberg unter dem Motto „Schule für die Zukunft – Nachhaltiges Lernen in der Praxis“ im Oktober 2001 eine Fachtagung „Lokale Agenda 21 & Schule“. Ziel war es, Lehrerinnen und Lehrer an Heidelberger Schulen über Inhalte der Agenda 21 zu informieren und das Thema stärker an den Heidelberger Schulen zu verankern. Die mehr als 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Schularten erhielten hier vielfältige Anregungen, wie Themenfelder der Agenda 21 projektbezogen und fächerübergreifend in den regulären Unterricht einbezogen werden können.

Außerdem fand in diesem Jahr an einer Heidelberger Grundschule ein groß angelegter Aktionstag zum Thema „Kinder und Verkehr statt“, der von den Lehrern und Lehrerinnen im Unterricht vor- und nachbereitet, mit Unterstützung zahlreicher Akteure (von der Elterninitiative und Vereinen über unsere Verkehrsbetriebe bis hin zur Polizeidirektion) durchgeführt und schließlich von einer entsprechenden Elternarbeit begleitet wurde. Dabei ist es gelungen einen Umdenkungsprozess in Gang zu setzen, der allen Beteiligten veranschaulichte, dass es das verkehrssichere Kind nicht geben kann, sondern dass der Verkehr sich stärker an den Bedürfnissen der Kinder orientieren muss. Auch wurde deutlich, dass alle durch ihr eigenes Verhalten - insbesondere durch ihre eigene Verkehrsmittelwahl - einen Beitrag zur sicheren und selbständigen Mobilität von Kindern leisten können und müssen.

Es ist eine sehr wichtige Aufgabe der Länder an dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeit zu einem festen und selbstverständlichen Bestandteil des Unterrichts in den Schulen wird. Was für die Schulen gilt, muss aber auch für die Hochschulen und Universitäten zur Selbstverständlichkeit werden. Wie wäre es denn zum Beispiel mit einer verpflichtenden Nachhaltigkeitsprüfung für alle öffentlich geförderten Forschungsvorhaben?

10. Bürgerbeteiligung - die entscheidende Voraussetzung für jeden erfolgreichen LA-Prozess!

Die Bürgerbeteiligung bildet den entscheidenden Stützpfiler der LA 21. Dabei geht es nicht darum, ein Konkurrenzsystem zu den vorhandenen demokratischen Gremien aufzubauen. Vielmehr geht es immer um eine gezielte und zeitlich befristete Mitsprache bei bestimmten Themen und Projekten sowie um das Mitmachen bei der Umsetzung so vereinbarter Ziele. Nur wer gefragt wurde, kann Verbesserungsvorschläge einbringen und bei der harten Umsetzungsarbeit mitmachen und nur wer mitmacht, kann beobachten und nachvollziehen, was aus seinen Anregungen geworden ist.

Die heute bereits in vielen Kommunen eingerichteten Agenda-Lenkungskreise, Agenda-Foren oder Agenda-Beiräte könnten in abgewandelter Form zu Gremien werden, die die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung begleiten und fördern. Dabei zeigen die Erfahrungen nicht nur in Heidelberg, dass es sinnvoll ist, einem solchen Gremium

- thematische Schwerpunkte zu setzen

- eine konkrete Aufgabe zu geben
- ein zeitlich überschaubares Engagement anzubieten.

Damit kann vermieden werden, dass durch eine zu weit gefasste Themenstellung die Diskussionen sehr allgemein und abstrakt werden. Gleichzeitig fördert ein zeitlich begrenztes Engagement die Bereitschaft, aktiv in einem solchen Gremium mitzuwirken. Eine allgemeine Erfahrung, die für viele Bereiche des Bürgerschaftlichen Engagements gilt.

Vor diesem Hintergrund hat Heidelberg die ursprüngliche Idee eines thematisch breit angelegten Zukunftsrates in ein „Forum Nachhaltiges Heidelberg – Stadt der Zukunft“ umgewandelt. Geplant sind eine Reihe solcher Foren mit periodisch wechselnden Schwerpunktthemen. Die Foren sollen zeitlich auf ein bis zwei Jahre befristet sein und sich mit Themen befassen, die für die Zukunft unserer Stadt wichtig sind. Sie werden von der Oberbürgermeisterin einberufen. Das erste Zukunftsforum beschäftigte sich von Dezember 2001 bis November 2002 mit dem Thema „Wirtschaft und Bürgerschaftliches Engagement“.

11. Zukunftsforum Wirtschaft und Bürgerschaftliches Engagement

Ziel des ersten Zukunftsforums war es, eine kreative Diskussion in Gang zu setzen, wie neue Formen der Zusammenarbeit von Wirtschaft und bürgerschaftlich engagierten Gruppen aussehen können. Die Begriffe „*Corporate Citizenship*“ und „*Corporate Social Responsibility*“ umschreiben diesen Ansatz. Zahlreiche Projekte und Aktivitäten sind aus diesem Forum entstanden. Ein Beispiel ist die im Aufbau befindliche „Koordinationsstelle Wirtschaft und Bürgerschaftliches Engagement“. Diese von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewünschte Schnittstelle soll Unternehmen, die sich engagieren wollen, mit geeigneten gemeinnützigen Organisationen zusammenbringen und zentrale Anlaufstelle für das Thema sein.

12. Zukunftswerkstätten für Frauen

Die Zukunftswerkstätten wurden im Zusammenhang mit der Stadtteilrahmenplanung als gesondertes Beteiligungsverfahren von Frauen unter Federführung des Amtes für Gleichstellung in allen Stadtteilen durchgeführt. Zukunftswerkstätten bieten genügend Zeit, um Alltagsbelange, die häufig in ihrer Bedeutung herabgewürdigt und als unpolitisch dargestellt werden, ernsthaft zu untersuchen. Man kann sich dort kritisch mit den eigenen Lebenszusammenhängen auseinandersetzen und die Voraussetzungen für das eigene Wohlbefinden im Stadtteil erkunden. Persönliche Interessen können unzensuriert zum Ausdruck gebracht werden.

Direkt umsetzen ließen sich Einzelmaßnahmen zur Erleichterung des Radverkehrs und zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens im Stadtteil. Viele in der Veranstaltung erkannte Mängel wurden von den Teilnehmerinnen in eigener Initiative angegangen. So verdanken wir dieser Beteiligungsform zwei neue Wochenmärkte und eine starke Unterstützung regionaler Produktvermarktung durch gezieltes persönliches Engagement; ebenso stadtteilbezogene Initiativen zur Rückgewinnung von Verkehrs- und Parkflächen als Orte für Kinder und Familien. Eine besondere Bedeutung kommt der engagierten Belebung des stadtteilbezogenen kulturellen und sozialen Engagements zu. Von der eigenen Stadtteilzeitung, Stadtteilführern und Infobrettern über neue Volkshochschulkurse sowie Bücherbushaltstellen vor Ort bis hin zu wiederkehrenden, selbstorganisierten Kulturwochen und kompakten Veranstaltungsangeboten für einen generationsübergreifenden Stadtteiltreff haben sich eine

Fülle von Initiativen entfaltet, die ernst machen mit dem Ziel: mehr Lebensqualität, Lebendigkeit und soziale Integration bei kurzen Wegen.

13. Vom Tun zum Verstehen: Konzentration auf konkrete Projekte

Mit der Entscheidung, „Agenda-Arbeit“ vor allem auf konkrete Projekte aufzubauen, hat Heidelberg gute Erfahrungen gemacht. Insgesamt laufen in Heidelberg derzeit etwa 40 Agenda-Projekte. Daran beteiligen sich weit über 100 verschiedene Akteure vom multinationalen Konzern bis zur Bürgerinitiative. Dabei erfüllt die Projektarbeit viele Funktionen:

- Die Beteiligung unterschiedlicher Partner fördert die Vernetzung und Zusammenarbeit. Zusammen Arbeiten verbindet bekanntlich mehr als „nur“ Reden. Unsere Erfahrung zeigt, dass so Verbindungen entstehen, die weit über die konkrete Projektarbeit hinaus sehr konstruktiv und tragfähig sind.
- Die Projekte tragen wesentlich zur Umsetzung der Lokalen Agenda bei. Selbstverständlich achten wir bei den Projektinhalten darauf, dass gleichermaßen soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte ausreichend berücksichtigt werden.
- Durch die Projekte werden die Ziele der Lokalen Agenda für die Beteiligten konkreter. Es ist nicht leicht zu vermitteln, was „Agenda“ ist und letztlich muss auch jede und jeder Einzelne die für sein oder ihr Aufgabenfeld passende Definition finden - eine Erfahrung, die sich oft aus der Projektarbeit ergibt und dann auch in die alltägliche Arbeit der Projektpartner einfließt. Anders ausgedrückt: Wer einmal verstanden hat, worum es geht, kann gar nicht verhindern, dass er oder sie im Alltagsgeschäft -mal eher belustigt, mal ernsthaft- immer wieder über die Frage stolpert: „Ist das jetzt nachhaltig?“
- Die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Projekte führt dazu, dass mehr Menschen erfahren, was mit Lokaler Agenda gemeint ist: Grundvoraussetzung dafür, sich selbst in die Lokale Agenda einzubringen.

14. Die lokale Wirtschaft als wichtiger Partner

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass eine direkte Ansprache durch die Kommune und die Kooperation durch konkrete Projekte die beste Möglichkeit bildet, die lokalen Unternehmen und Betriebe als wichtige Gruppe in den Agenda-Prozess einzubinden. In Projekten wie „Maler und Umwelt“ oder „Friseur und Umwelt“ ist es uns dabei schon früh gelungen, ein umweltorientiertes Betriebsmanagement zu unterstützen und dabei ökonomische und ökologische Erfolge miteinander zu verbinden. Besonders anschaulich wird dies bei unserem Projekt "Nachhaltiges Wirtschaften für kleine und mittlere Unternehmen".

In bisher zwei Durchgängen haben sich schon mehr als 20 Heidelberger Betriebe aus den unterschiedlichsten Branchen an diesem Projekt beteiligt. Mit Unterstützung der Stadt entwickelten sie eine Unternehmenskultur, die ökonomischen Erfolg, umweltfreundliche Produktion und soziale Verantwortung als gleichberechtigte Säulen des Wirtschaftens betrachtet. Die Erfolge des Projektes können sich sehen lassen. So betragen die Einsparungen der Betriebe jährlich mehr als 100.000 Euro, und der Umwelt bleiben rund 150 Tonnen Kohlendioxid-Emissionen erspart.

15. Nachhaltigkeit als ständiger Begleiter

Um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, müssen die Impulse der Lokalen Agenda 21 kontinuierlich in die entsprechenden Planungen der Kommune eingehen. Heidelberg hat daher seinen Stadtentwicklungsplan (STEP) als Lokale Agenda erarbeitet und beschlossen. Zur Zeit entwickeln wir in Heidelberg ein neues Konzept, wie alle wichtigen Maßnahmen der Stadt zukünftig auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden können. Das bedeutet im ersten Schritt, dass Beschlussvorlagen von den federführenden Ämtern und Dezernaten anhand der Ziele des Stadtentwicklungsplanes beurteilt werden. Unser Ziel ist, einen raschen Überblick über die Nachhaltigkeit der geplanten Maßnahmen zu geben und daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Hierbei ist wichtig, dass die vorgenommene Einschätzung von den am Projekt Beteiligten selbst vorgenommen wird. So wird das Entstehen eines Bewusstseins für Nachhaltigkeit in den Köpfen der Akteure in Politik und Verwaltung gefördert.

In einem zweiten Schritt möchten wir auch für Heidelberg ein Indikatorensystem entwickeln, also ein Instrument, welches es uns erlaubt zu überprüfen, ob die eingeleiteten Maßnahmen auch tatsächlich zu einer Nachhaltigen Entwicklung beigetragen haben. In einer Publikation von agenda transfer, der bundesweiten Servicestelle Lokale Agenda 21, war unlängst zu lesen, dass solche „Nachhaltigkeitsmatrizen“ die politische Diskussion um eine zielgerichtete Beschlussfassung zugunsten der Nachhaltigkeit fördern und die praktischen Folgen für die Bevölkerung nachvollziehbar machen. Bisher war allerdings die auf Landes- und Kommunalebene geführte Indikatorendiskussion zu zersplittert. Es bestand allmählich die Gefahr, bald genau so viele Indikatorensysteme zu haben wie einzelne Indikatoren. Inzwischen bietet agenda-transfer ein bundesweit einheitliches Indikatorensystem zur Lokalen Agenda an. Ob dadurch ein gemeinsamer Rahmen geschaffen werden kann oder ob die sehr unterschiedlichen kommunalen Gegebenheiten dies gar nicht ermöglichen wird sich erst in der praktischen Anwendung und Umsetzung zeigen.

Fast noch wichtiger wäre es m.E. auf der bundespolitischen Ebene selbst beispielgebend zu sein: Warum gibt es keine Nachhaltigkeitsprüfung von Beschlussvorlagen für den deutschen Bundestag?

16. Nicht nur mit Geld wirtschaften

Ein Kernproblem auch im 21. Jahrhundert ist, dass das Entwicklungsmodell der reichen Industriestaaten nicht global auf andere Länder übertragen werden kann. Dies wird in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung zwar anerkannt, aber im Hinblick auf das Wachstumsziel nicht kritisch thematisiert. In der „Heidelberger Erklärung der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) zur Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ haben wir deutlich gemacht, dass ganz dringend über eine neue, vorsorgeorientierte Konzeptionen von Wirtschaften und über eine Neubewertung wirtschaftlichen Erfolgs nachzudenken ist. Dabei müssen auch umfassendere Ansätze der Bewertung gesellschaftlicher Aktivitäten berücksichtigt werden. Obwohl uns allen bewusst ist, dass wir tagtäglich weitaus knappere Güter als Geld verbrauchen, führen wir nur über den Geldverbrauch ordentlich Buch und streiten wir uns nur in diesem Punkt intensiv über den sachgerechten Einsatz der Ressourcen.

Seit einigen Jahren deuten wissenschaftliche Studien darauf hin, dass in den Industrie- und erst recht in den sogenannten Entwicklungsländern Wirtschaftswachstum nicht notwendiger

Weise zu mehr Lebensqualität führt. Eine moderne Nachhaltigkeitspolitik muss sich dem Problem stellen, dass das Wirtschaften nicht nur Probleme löst, sondern auch neue schafft. Anstelle des Indikators Wirtschaftswachstum muss zukünftig der Faktor der Lebensqualität eingesetzt werden, um Gesellschaften hinsichtlich ihres Fortschrittes zu bewerten. In Heidelberg versuchen wir dieses Thema im Kleinen anzugehen, indem wir ein „haushälterisches Bodenmanagement“ betreiben. Ich würde mir wünschen, dass wir künftig auch ernsthafte und kontroverse Haushaltsdebatten in den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament zum Verbrauch natürlicher Ressourcen führen. Eine rot-grüne Bundesregierung sollte hier sowohl mit gutem Beispiel vorangehen als auch ihren Einfluss geltend machen. Wir in Heidelberg machen gerne mit.

17. Die LA braucht die Vernetzung unterschiedlicher Politikebenen

Natürlich brauchen wir auch auf nationaler Ebene eine enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Kommunal-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Die Agenda-Büros auf Länderebene spielen hier eine wichtige Rolle ebenso wie „*agenda transfer*“, die bundesweite Servicestelle. Ohne dass das Thema „Nachhaltigkeit“ auf Bundesebene an Stellenwert gewinnt, kann es auf kommunaler Ebene nicht dauerhaft seinen angemessenen Platz auf der politischen Agenda einnehmen!

18. Die LA muss mundgerechter werden, um in aller Munde zu sein

Man hört immer wieder die Klage, dass das Interesse der Bevölkerung am Agenda-Prozess nicht sehr ausgeprägt sei, was gerade bei kleineren Gemeinden häufig zu Frustration führt. In einem bundesweiten Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes wurde die spezifische Rolle der Lokalen Agenda 21 im Wirkungsgefüge kommunaler Planungs- und Steuerungsinstrumente untersucht. Da dessen Ergebnisse die Stimmung vor Ort recht gut widerspiegeln, möchte ich die zentralen Aussagen zitieren: *„Sowohl die Befragung als auch das Expertengespräch ergaben, dass die Lokale Agenda 21 zwar allmähliche Veränderungsprozesse bei den Beteiligten anstößt, aber keine direkte Steuerungswirkung im Sinne der Definition übernimmt. Handlungsprogramme und Leitlinien, die aus der Lokalen Agenda 21 erarbeitet wurden, spielen in den politischen Gremien und zum Teil auch bei der Verwaltungsleitung, insbesondere in größeren Kommunen, eine zu geringe Rolle. Allerdings ist der Anspruch der Steuerung auch sehr hoch: Umweltschutz und Nachhaltigkeitsziele können nur in dem Maß eine wesentliche Rolle in der politischen Entscheidungsfindung spielen, wie sie von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden.“* Leider gelingt es uns nur schwer, das hehre Ziel der Nachhaltigkeit in den (politischen) Alltag zu übersetzen. Versuchen Sie doch mal, in einem Satz zu erklären, was Lokale Agenda ist! Auch die Medien tun sich schwer mit der Nachhaltigkeit. Um hier wirklich weiter zu kommen, brauchen wir eine bundesweit abgestimmte, professionelle Kommunikationsstrategie, die auf ganz einfache und jedem verständliche Weise deutlich macht, worum es bei diesem abstrakten Begriff der Nachhaltigkeit eigentlich geht. Ein Automobilkonzern setzt in seiner Werbung auf den „Verkauf“ von Freiheit und Familienglück. Was hat die Agenda 21 zu verkaufen und wann werden aus den ersten bereits vorhandenen Kinospots in Großstädten bundesweite Werbekampagnen der Bundesministerien?

19. Die LA muss professionell gemanagt werden

Neben der professionellen Kommunikation braucht die Agenda 21 natürlich auch ein professionelles Management. Die ehrenamtlich am Agenda-Prozess Beteiligten stellen häufig sehr hohe Erwartungen an sich selbst und an andere. Vielfach wird die Arbeit aus dem Wunsch nach Engagement heraus begonnen, die nach und nach auftretenden Hürden führen dann aber schnell zu Resignation.

Um Hindernisse zu überwinden, Enttäuschungen hinzunehmen und neue Wege der Durchsetzung von Zielen zu finden, bedarf es eines langen Atems und einer professionellen Arbeitsweise. Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung von Zielen und bei deren Umsetzung darf nicht mit Delegation der Steuerungsverantwortung verwechselt werden. Nur wenn diese Rolle wahrgenommen wird, können Bürger, Einrichtungen, Unternehmen und sonstige Gruppen auf Dauer motiviert werden, sich am Agenda-Prozess zu beteiligen. Doch professionelles Management kostet Geld. Und Nachhaltigkeitsmanagement darf nicht an der Finanznot der öffentlichen Kassen scheitern! Die anteilige Unterstützung von Bundes- und Landesregierung bei der Bewältigung dieser Aufgabe wäre ein wichtiges Signal an die Kommunen, hier nicht an der falschen Stelle zu sparen.

20. Die LA muss die Menschen da abholen wo sie sind

Die Agenda 21 muss mehr sein als ein Feld für anspruchsvolle Debatten problembewusster und zukunftsorientierter Minderheiten. Wer die Menschen wirklich erreichen will, muss sie da abholen wo sie sind. Deshalb ist es auch richtig, dass auf kommunaler Ebene die Themenstellung je nach Erdteil, Land oder Region sehr stark variiert. Ob es nun in erster Linie um die Ressource „Wasser“ oder um das in deutschen Städten oft dominante Thema Verkehr geht, entscheidend ist, dass den Beteiligten die globale Bedeutung bewusst und die gemeinsame Verantwortung für unsere Zukunft spürbar wird. Für die Bundesebene bedeutet dies m.E., dass das bei vielen Themen das aus individueller Perspektive vorhandene Problembewusstsein genutzt werden sollte, um die Ziele einer „nachhaltigen Politik“ zu verdeutlichen und die sich daraus ableitenden Notwendigkeiten der Verhaltensänderung zu kommunizieren. Ein einfaches Beispiel dafür: In der Debatte um die Gesundheitsreform wird zwar viel um Geld gestritten, der Zusammenhang zu Themen wie Umweltbelastung, Ernährung, ökologischer Landwirtschaft oder Mobilität wird leider völlig aus den Augen verloren.

21. Fazit

Die LA ist weit mehr als nur eine Episode! Trotz aller Probleme bei der Umsetzung der LA lässt sich festhalten, dass es nach wie vor das Engagement für eine nachhaltige Entwicklung in den Kommunen gibt. Klar, manche tun mehr, andere weniger - und man lässt das zarte Pflänzchen der Nachhaltigkeit auch mal vertrocknen. Aber daran ist nicht das Wetter schuld. Alle politisch Verantwortlichen haben die Möglichkeiten, das Pflänzchen der Nachhaltigkeit zu einem stolzen Baum heranreifen zu lassen. Nicht, indem wir daran ziehen, sondern in dem wir ihm genügend Wasser und Pflege zukommen lassen. Das Wasser sind die finanziellen und personellen Ressourcen, die Pflege die politische und öffentliche Aufmerksamkeit. Eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 lässt sich nur dann erreichen, wenn es uns dauerhaft und überzeugend gelingt, deutlich zu machen, dass eine „nachhaltige Lebensweise“

sowohl die persönlichen Freiheiten wahrt als auch mit wirtschaftlichem Erfolg einhergeht. Allerdings denke ich auch, dass unsere Gesellschaft in der Lage sein sollte, mit gewissen Einschränkungen umzugehen. Das Wachstum unseres Wohlstandes ist an seine Grenzen gekommen. Nun heißt es, mit dem, was wir haben, sorgsamer als bisher umzugehen. Wenn ich also von Einschränkungen spreche, denke ich ausdrücklich nicht nur an finanzielle Einsparungen, wie sie momentan überall diskutiert werden. Ich denke dabei eher an Einschränkungen, die mehr eine Veränderung alter Gewohnheiten bedeuten.

Lassen Sie mich dazu zum Abschluss ein paar Beispiele nennen, die sich unmittelbar auf den Alltag der Politikerinnen und Politiker in Berlin und anderswo beziehen:

- Meines Wissens ist es beispielsweise bisher leider nicht gelungen, die Kantinen des Bundestages auf regionale und ökologisch angebaute Produkte umzustellen. Die Preise sind unseren Politikern schlicht zu hoch. Dagegen bietet das Dachgarten-Restaurant des Bundestages, welches für Besucher geöffnet ist, eine Reihe Bio-Produkte an.
- Wann haben Sie das letzte mal einen Bundestagsabgeordneten im Linienbus getroffen? Ist das Angebot vielleicht einfach zu schlecht und das Image zu schmutzig? Dann wird es höchste Zeit, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sich daran etwas ändert!
- Die Sicht auf die Welt kann sich – wie wir alle wissen - durch einen längeren Aufenthalt in den Ländern der sogenannten Dritten Welt stark verändern. Zu spüren, wie das Leben der Menschen in diesen Ländern funktioniert oder eben auch nicht funktioniert, führt sehr schnell zu einer anderen Sicht der Nord-Süd-Problematik. Ein solcher Wechsel der Perspektive wäre sicher auch für die meisten Entscheidungsträger unserer Gesellschaft eine neue, bereichernde Erfahrung: Den normalen Alltag eines Afrikaners kennen zu lernen, wäre beispielsweise eine Fortbildungsmaßnahme der besonderen Art!

„In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts breitet sich Ratlosigkeit, oft sogar Endzeitstimmung aus. Wir sind in der Tat an einem Punkt angelangt, wo es so nicht weitergehen kann. Aber nicht das Ende der Zivilisation, sondern das Ende eines Zeitalters bereitet sich vor. Aus Erfahrungen und Bedrängnis der Vielen werden neue Haltungen und Zielsetzungen geboren. Eine neue Kultur ist bereits im Werden. Eine human-ökologische Wende, mit Rücksichtnahme auf die Natur auch um ihrer selbst willen, ist die einzige Option für eine Zukunft mit Zukunft. Diese Wende ist machbar. Wir müssen sie nur wollen. Unsere Kreativität und Phantasie sind gefordert. Die ökologische Wende wird den Weg in ein neues Zeitalter ebnen und die Augen wieder für die Schönheit der Erde und des Lebens öffnen.“

(aus: Toblacher Thesen 1989)